

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. - Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Der Kampf um den Brotpreis

Beratung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erörterte am Donnerstag die politische Lage. Er nahm zunächst einen eingehenden Bericht über die Unterredung der Fraktionsvertreter mit dem Reichsanwalt Dr. Brünning entgegen.

Im Vordergrund der Aussprache stand die Brotpreiserhöhung, die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Senkung der Brotpreise, sowie die außerdem beabsichtigten Zollerhöhungen für Hafer, Speck und Schmalz. Dabei wurden starke Zweifel geäußert, ob die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Senkung des Brotpreises sich auch wirksam erweisen würden. Da die Regierung durch das Zollermächtigungsgesetz vom 28. März verpflichtet ist, einer Steigerung der Brotpreise über den Stand im letzten Halbjahr hinaus vorzubeugen, so muß verlangt werden, daß nicht nur weitere Brotpreissteigerungen verhindert, sondern die auch in den letzten Wochen eingetretenen Erhöhungen der Brotpreise rückgängig gemacht werden. Wenn nicht in kurzer Frist eine solche Auswirkung der Regierungsmahnmahnen auf den Brotpreis erzielt wird, so wird die sozialdemokratische Fraktion weitere Schritte unternehmen, um die Regierung zur Ausführung der gesetzlichen Verpflichtungen zu veranlassen.

Im übrigen äußerte der Vorstand starke Bedenken gegen einen etwaigen Versuch, durch eine einseitige Finanzpolitik notwendige soziale Einrichtungen und Leistungen einzuschränken. Eine endgültige Stellung zu dem Programm der Regierung kann erst erfolgen, wenn die Maßnahmen des Kabinetts deutlicher erkennbar sind. Dann erst kann auch eine Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Notwendigkeit einer etwaigen Einberufung des Reichstags gefällt werden.

„Chefbesprechung“ statt Kabinetts.

Eine sogenannte Chefbesprechung, das heißt eine Besprechung der beteiligten Minister, hat nach offizieller Mitteilung gestern Abend die Einigung über die noch strittigen Punkte des Aktionsprogramms der Reichsregierung herbeigeführt.

Da kein Zweifel daran möglich ist, daß diese Einigung vom Kabinetts gedeckt werden wird, ist vorläufig eine besondere Kabinettsitzung nicht einberufen worden. Möglicherweise wird heute noch durch Kommuniqué über diese Einigung nähere Mitteilung erfolgen.

Zollpolitik der Börse.

Steigende Haferpreise in Erwartung der Zollerhöhung.

Die Preisentwicklung auf der heutigen Produktenbörse spiegelt genau die Absichten der Reichsregierung in der Agrarpolitik wider. Weil man eine Erhöhung der Haferzölle erwartet, gingen die Haferpreise stark nach oben. Die angekündigte Zollsenkung für ein bestimmtes Weizenkontingent ließ die Weizenpreise etwas schwächer werden. Die Roggenpreise blieben aber stetig, womit unsere Vermutung gerechtfertigt wird, daß die Broterbilligungspläne der Reichsregierung nicht ausreichen.

Auf der Wertpapierbörse hatte die Unklarheit der Regierungspolitik Zurückhaltung auf der ganzen Linie zur Folge.

Franzen abgeblüht.

Braunschweig, 30. April. (Eigenbericht.)

Mit einer Beschwerde beim Reichsgericht gegen die Verkürzung der Verbotsdauer des „Volksfreund“ ist Franzen hineingefallen. Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts teilte dem Verlag Rieke u. Co. als Beschluß mit: „Die Beschwerde des Braunschweiger Staatsministeriums wird als unbegründet kostenpflichtig verworfen.“ In der Begründung wird die Einschränkung der Verbotsdauer durch das Reichsinnenministerium ausdrücklich gebilligt.

Der brennende Zug

Zahl der Todesopfer in Kairo auf 61 gestiegen / Viele Schwerverletzte

Kairo, 30. April.

Die Zahl der Toten bei dem Brande in dem Expresszug Alexandria-Kairo ist inzwischen auf 61 gestiegen, die Zahl der Verletzten auf 41. Viele Personen hiervon sind schwer verletzt.

Ueber den Hergang der Brandkatastrophe wird berichtet, daß ein Wagen 3. Klasse in Brand geriet, während sich der Expresszug in voller Fahrt befand. Da keine Möglichkeit bestand, den Lokomotivführer vom Ausbruch des Brandes in Kenntnis zu setzen, breitete sich

veralteten und normalerweise ausrangierten Wagen zusammengesetzt, die man wegen des Vairamfestes wieder in den Dienst gestellt hatte.

Das Wetter wird besser.

Für Freitag kaum noch Regen zu erwarten.

Seit Donnerstag früh ist eine langsame, aber stetige Besserung des Wetters zu beobachten. Gleichzeitig ist ein leichter Temperaturanstieg zu verzeichnen. Heute mittag zeigte das Thermometer 10 Grad Wärme an.

Die Prognose für den 1. Mai, dem Feiertag der Arbeiterschaft, mit dem Massenaufmarsch im Lustgarten, lautet einigermaßen günstig. Nach einer verhältnismäßig kühlen Nacht wird es tagsüber bei zeitweise heiterem Himmel wärmer als heute sein. Regenfälle dürften kaum noch zu erwarten sein.

Ueber ganz Mitteleuropa herrscht zur Zeit ein geringer Druckunterschied. Hoher Druck ist über Süd- und Westeuropa, tiefer Luftdruck dagegen liegt über dem nördlichen Mitteleuropa bis hinunter nach Polen. Bei schwacher Luftbewegung wird das Wetter dadurch ruhiger und freundlicher.

Anschlag auf Arbeiterrechte.

Beseitigung des 1. Mai als Feiertag.

Braunschweig, 30. April. (Eigenbericht.)

Kurz vor Toresschluß gelang es der reaktionären Mehrheit des Braunschweigischen Landtags, den 1. Mai seines bisherigen Charakters als gesetzlichen Feiertag zu entkleiden. Eine dahingehende Gesetzesvorlage wurde am Donnerstagnachmittag nach stürmischer Debatte, bei der sich die Nazis als geschworene Arbeiterfeinde zeigten, mit knapper Mehrheit angenommen. Das Gesetz wurde sofort verkündet.

200 Erdbebenopfer.

Erste Nachrichten aus dem armenischen Katastrophengebiet.

Moskau (über Kowno), 30. April.

Im Laufe des Mittwoch sind die ersten amtlichen Nachrichten über das große Erdbeben in Armenien eingetroffen. Nach den bisherigen Feststellungen haben über 700 Personen den Tod gefunden. 20 000 Menschen haben ihre Wohnstätten verloren. Ihre Lage wird dadurch besonders erschwert, daß starke Regengüsse eingeseht haben. Das Volksgesundheitskomitee der Republik Georgien hat eine mit besonderen Vollmachten ausgestattete Kommission im Flugzeug nach Nachitschewan entsandt, um Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung einzuleiten. In Nachitschewan sind 60 Häuser zerstört worden. In den Städten Gersju und Tschubar fielen insgesamt 380 Häuser dem Erdbeben zum Opfer. Da im Erdbebengebiet großer Mangel an Lebensmitteln und besonders an Brot herrscht, wurden auf dem Bahnhof Tiflis 6000 Tonnen Getreide beschlagnahmt und nach dem Erdbebengebiet abtransportiert. In dem Erdbebengebiet spielten sich erschütternde Szenen ab. Auch der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat eine Hilfsaktion eingeleitet.

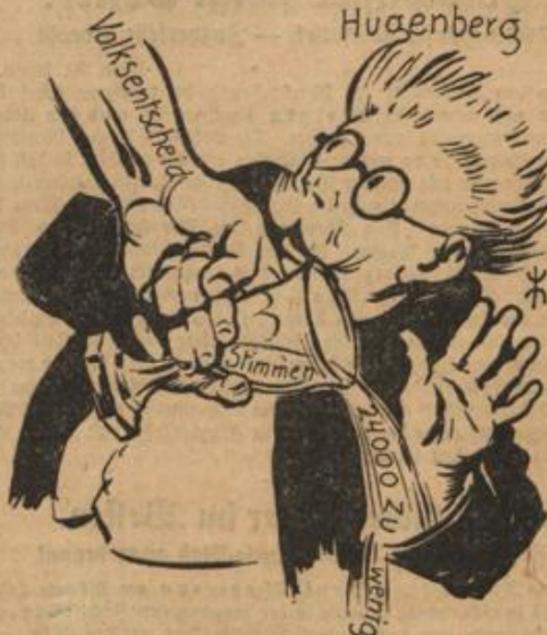
Nach ergänzenden sowjetrussischen Berichten aus dem kaukasischen Erdbebengebiet, sind die Zerstörungen, die in mehreren Gebieten zu gleicher Zeit angerichtet wurden, sehr groß. Das Erdbeben, dessen eigentlicher Herd in der Republik Nachitschewan liegt, wurde auch in Tiflis und in Erivan verspürt und hat sich auf größere Gebiete von Armenien und Aserbeidschan erstreckt. Im

Achtung, Parteigenossen!
Am 1. Mai
Fahnen heraus!

Das Feuer, durch den Luftzug angefacht, mit rasender Geschwindigkeit aus. In dem brennenden Wagen spielten sich furchtbare Szenen ab. Viele Reisende suchten sich dadurch zu retten, daß sie aus dem Zuge sprangen. Sie blieben mit schweren Verletzungen auf den Schienen liegen. Erst nach geraumer Zeit bemerkte der Lokomotivführer den Brand und brachte den Zug zum Halten. Die brennenden Wagen wurden sofort abgekuppelt, um eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Die Opfer der Katastrophe, die eine der schwersten in der Geschichte des ägyptischen Eisenbahnwesens ist, sind ausschließlich ägyptische Ausflügler, die sich zur Feier des Vairamfestes von Kairo nach Alexandria begeben wollten. Der Zug war aus zahlreichen

Volksentscheid in Lippe

Hugenberg



Zwischen Lipp' und Reichesrand
Schwebt der dunklen Nächte Hand!

letzten Gebiet sind bisher 220 Tote und über 300 Verletzte identifiziert worden, in Kaschschwan 160 Tote und über 500 Verletzte. Unermehlich ist der Verlust an Vieh, wovon die kaukasischen Gebirgsdörfer besonders hart betroffen werden. Die Hüte, die die örtlichen Sowjets leisten können, reicht nicht aus, um auch nur die Obdachlosen zu bergen. Da fast gar keine Medikamente vorhanden sind, wird der Ausbruch von Seuchen befürchtet. Die Erdstöße waren so stark, daß auch in dem vom eigentlichen Herd weit entfernt liegenden Erivan Mauerrisse entstanden sind.

Es war kein Militärputsch.

Der Stolz der spanischen Republik.

Madrid, 30. April. (Eigenbericht.)

Der Kriegsminister sprach auf einem Bankett vor den hohen Offizieren über die Aufgaben des Heeres folgende Worte: „Das Heer hat keine andere Aufgabe, als die der Landesverteidigung in Kriegszeiten und der Vorbereitung darauf in Friedenszeiten. Wir alle, die wir an die Macht gelangt sind, sind stolz, auf friedlichem Wege die Regierung übernommen zu haben, ohne uns auf die Arme zu stützen.“

Der Innenminister erklärte Pressevertretern, daß sich das Kabinett eingehend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftige; es habe

die Arbeitslosigkeit stark zugenommen, da zahlreiche Monarchisten nach der Verkündung der Republik die von ihnen in Auftrag gegebenen Bauten nicht fortsetzen ließen.

In Sevilla versammelten sich Arbeitslose vor dem Rathaus. Eine Abordnung verlangte vom Sekretär des Bürgermeisters Brot und Arbeit. Darauf zogen die Arbeitslosen durch die Stadt und baten in allen Läden um unerwartete Hergabe von Lebensmitteln. Zwischenfälle hat es nicht gegeben.

Castro Botschafter in Berlin.

Madrid, 30. April. (Eigenbericht.)

Die spanische Regierung hat für Professor Americo Castro das Agrement als Botschafter in Berlin nachgeschickt. Castro ist zur Zeit als außerordentlicher Professor an der Berliner Universität tätig.

Königsgeld für Arbeitslose.

Madrid, 30. April. (Eigenbericht.)

Der Ministerrat hat beschlossen, den Städten Eibar und Jaca den Titel von Musterstädten zu verleihen, weil Eibar als erste Stadt am 14. April und Jaca bereits im Dezember vorigen Jahres die Republik ausgerufen haben. Prinz Ferdinand von Bayern und Bourbon, der Schwager des Königs, ist aus den Listen der Armee gestrichen worden. Auf den Vorschlag des Finanzministers wurde beschlossen, daß eine Summe von 50 000 Peseten, die ursprünglich für die Königsfamilie bestimmt waren, zur Unterstützung an die Arbeitslosen von Sevilla verpaidet wird.

Der Innenminister teilte Journalisten mit, daß der frühere Finanzminister Juan Naray, der Besitzer mehrerer monarchistischer Zeitungen in Madrid ist, beim Ueberstreifen der französischen Grenze verhaftet und nach Madrid zurückgebracht worden sei, wo ein gerichtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet werden soll, da er für verschiedene Irrtümer der Diktaturregierungen verantwortlich sei.

Außenminister Carrasq hat auf die ihm von Pressevertretern gestellte Frage, ob die Regierung die Absicht habe, die Ueberführung Trozki nach Spanien zu gestatten, geantwortet, daß nach seiner Meinung kein Grund dafür bestehe, Trozki den Aufenthalt in Spanien zu verbieten, jedoch unter der Bedingung, daß er sich jeder Propagandatätigkeit in Spanien enthält. Er hoffe, daß die Regierung diesen Standpunkt billigt. Der Minister erklärte ferner, daß er für die Anerkennung der Sowjetregierung sei.

Briand kandidiert.

Für die Präsidentschaft der Republik.

Paris, 30. April. (Eigenbericht.)

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienstes“ in Paris erzählt, wird der gegenwärtige französische Außenminister zu der bevorstehenden französischen Präsidentschaft kandidieren.

Marktorganisation für Agrar- und Industrieerzeugnisse.

Paris, 30. April. (Eigenbericht.)

Wie der „Matin“ mitteilt, hat Briand ein Memorandum über die französischen Vorschläge betreffend die wirtschaftliche Organisation Europas ausgearbeitet, das bereits am Dienstag dem Ministerrat unterbreitet worden ist. Im ersten Teil des Memorandums wird die beste Methode für den Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Donauländer auseinandergesetzt, während im zweiten Teil die Frage der Sicherung von Absatzmärkten für Industrieerzeugnisse geprüft wird. Außerdem werden Vorschläge in bezug auf die finanzielle Unterstützung gemacht, die gewissen an Kreditmangel leidenden europäischen Staaten gewährt werden können. Sobald das Memorandum von den verschiedenen technischen Ministern gebilligt ist, soll es den diplomatischen Vertretern Frankreichs in Europa übermittelt werden, die es den Regierungen überreichen sollen.

Mildes Urteil gegen Goebbels.

Ein Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe!

Das Schöffengericht Charlottenburg fällt erst in der zweiten Morgenstunde das Urteil in dem Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten Goebbels. Er wurde von der Anklage des Vergehens gegen § 166 durch Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft freigesprochen, dagegen verurteilt wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede gegenüber dem Polizeipräsidenten Dr. Weiß in zwei Fällen, wegen Beleidigung des früheren Polizeipräsidenten Jürgelbel, des Polizeipräsidenten Grzesinski, des Polizeiwachmeisters Wulfe in Potsdam und ferner wegen übler Nachrede gegenüber Beamten des Bezirksamts Schöneberg, des Polizeioberst Heimannsberg und des Kriminalkommissars Busdorf zu insgesamt einem Monat Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Rambke aus, daß der Angeklagte von der Anklage nach § 166 StGB. freigesprochen worden sei, weil nach Ansicht des Gerichts in dem Artikel des „Angriff“ nicht erkennbar war, daß die Beschimpfung sich gegen die jüdische Religionsgemeinschaft als solche richtete, sondern weit offener der Artikel lediglich deren Mitglieder bzw. Vertreter treffen sollte, die in dem Artikel als Fanatiker bezeichnet worden waren. Außerdem sei der Hinweis darauf, daß es Ritualmorde gegeben habe, keine Beschimpfung, sondern eine Feststellung historischer Tatsachen.

Wild gefährdet Waldbestand

Forstetat im Landtag

Der Landtag setzte heute nach Erledigung von Eingabenberichten der verschiedenen Ausschüsse auf Antrag der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und der Volkspartei einen Untersuchungsausschuß von 21 Mitgliedern zur Prüfung der Verwahrung öffentlicher Gelder im Wohnungsbau ein.

In der hierauf fortgesetzten zweiten Lesung des Forstetats protestierte Abg. Bruha (Komm.) gegen die angebliche Rußlandhege in der Frage des russischen Holzdumpings. Die staatliche Forstverwaltung treibe einen ungerechtfertigten Lohnabbau. Die weiteren Ausführungen des Redners sind in der Hauptfache Schilderungen und Rechtfertigungen der russischen Forstwirtschaft.

Abg. Meyer-Hermendorf (Christl.-Soz.) erklärt, der Privatforstbesitz suche auf die Staatsforstverwaltung in bezug auf die Forstarbeiterlöhne zuungunsten der Arbeiter einzuwirken. Dem Verlangen nach Lohnabbau dürfe nicht entsprochen werden. Es sei von den Deutschnationalen entweder Bewissenlosigkeit oder Beschränktheit, gegen die Sozialpolitik Sturm zu laufen.

Abg. Kraft (Soz.):

Die Rede des Abg. Bruha war weniger auf den preussischen Forstetat abgestellt, als vielmehr auf die russische Forstwirtschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir bedauern den Rückgang in den Einnahmen der Forstverwaltung, wir wünschen die Sanierung der Finanzen durch Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Das aber ist mit erhöhten Holzpreisen, wie sie von der Rechtsopposition verlangt werden, nicht zu erreichen. Dabei macht sich die Rechtsopposition weniger Sorge um die preussischen Staatsfinanzen, als vielmehr um den privaten Waldbesitz. Der Niedergang der Forstwirtschaft ist eine Folge der allgemeinen Wirtschaftslage und vor allem des Niederdarlehens der Bauwirtschaft. Es ist also ganz selbstverständlich, daß höhere Zölle und erhöhte Holzpreise die Bauwirtschaft weiter abträglich beeinflussen würden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Am übrigen kann man feststellen, daß es in denjenigen Oberförstereien am wenigsten klappt, wo die Oberförster sich für das Volksbegehren einzeichnen. Die Zulassung zu den Forsthochschulen sollte mehr nach dem Gesichtspunkt der Eignung erfolgen. Diese scheint aber bei den halbkreuzgeschmückten Jünglingen, die die

Es sei nur darauf hingewiesen, daß es in Deutschland und in Oesterreich mehrere Kirchen gebe, die heiligen geweiht seien und daß diese heiligen durch Religionsgegner ermordet und deshalb heilig gesprochen worden seien.

Am schwersten habe das Gericht die üble Nachrede gegen den Kriminalkommissar Busdorf bemerkt, dem nachgesagt worden war, daß er sich auf Gütern einladen lasse, dort spioniere und hinterher Waffendurchsuchungen veranlasse. Das sei der schwerste Vorwurf, der einem Beamten gemacht werden könne. Das Gericht fühle sich verpflichtet, festzustellen, daß der Nebenkläger Busdorf mit seiner Beweise aus dem Prozeß herausgegangen sei. Wegen der Schwere dieses Vorwurfs hat das Gericht in diesem Falle auf die Freiheitsstrafe erkannt, während für die übrigen Fälle eine Geldstrafe ausreichend erschien. Es habe sich ganz eindeutig ergeben, daß der Angeklagte Dr. Goebbels unbedingt die pressgesetzliche Verantwortung für die Artikel trage, so daß auf diese Seite im Urteil rechtlich nicht mehr eingegangen werden brauche.

Die Richter „dieses Systems“, um mit Goebbels zu reden, haben den berufsmäßigen Schwach- und Schimpfhelden sehr milde davonkommen lassen. Im alten System des währheimischen Kaiserreichs hätten sozialdemokratische Redakteure für einen Bruchteil ähnlicher Behauptungen jahrelang hinter Schloß und Riegel zubringen müssen.

Blutige Liebestragödie.

Greis von dem Liebhaber der Tochter niedergeschossen.

In dem Frankfurter Vorort Zeilsheim spielte sich gestern eine blutige Liebestragödie ab. Der 28 Jahre alte ledige Arbeiter Jakob Sieber, der seit vier Jahren mit der 22 Jahre alten Tochter eines Arbeiters aus Zeilsheim Beziehungen unterhielt, kam abends in die Wohnung der Eltern des Mädchens und wollte das seit kurzer Zeit abgebrochene Verhältnis wieder herstellen. Da das Mädchen hiervon nichts wissen wollte, bedrohte er es mit Erschießen. Es lief hülernd davon. Als die Eltern herbeieilten, schoß Sieber und verletzte den 70 Jahre alten Vater lebensgefährlich und die Mutter durch einen Streifschuß in den Rücken. Sieber selbst begab sich aus dem Haus und löstete sich durch einen Schuß in den Mund. Die beiden alten Leute wurden in das höchste Krankenhaus gebracht. Der Vater ringt mit dem Tode, während die Mutter bald wieder entlassen werden konnte, da ihre Verletzung nur leichter Natur ist.

Hochwasser steigt weiter.

2000 Häuser überflutet. — Zugverkehr bedroht.

Riga, 30. April.

Da das Hochwasser im Oberlauf und im mittleren Lauf der Duna noch immer im Steigen begriffen ist, wird das Ueberflutungsgebiet immer größer. Die Bahnlinie Riga—Dünaburg ist vom Hochwasser an mehreren Stellen erreicht worden, so daß der Zugverkehr nur mit größter Vorsicht aufrechterhalten werden kann. Vom Hochwasser wurde auch die Eisenbahnbrücke über die Duna bei Dünaburg bedroht. Von Kruczburg bis Dünaburg stehen über 2000 Häuser unter Wasser. Es sind Obdachlose in eingedrückt worden, Feldflüchen versorgen die vor dem Hochwasser Geflüchteten mit Nahrung. Die Lage bei Riga sieht noch verhältnismäßig günstig aus, da das Hochwasser freien Austritt in das Meer hat. Die niedrig gelegenen Düneninseln und die niedrigen Ufer sind zum Teil schon überschwemmt. Zahlreiche Sägemühlen mußten ihren Betrieb wegen des Hochwassers einstellen. Der Rigaer Flugplatz ist vom Hochwasser so in Mitleidenschaft gezogen, daß die ursprünglich auf den 1. Mai festgesetzte Eröffnung des regelmäßigen Flugverkehrs mit Berlin und Rostau verschoben werden mußte.

Nächtliches Feuer im Westen.

Restaurant am Viktoria-Luise-Platz ausgebrannt.

Das Restaurant von Paul Tharman am Viktoria-Luise-Platz 11 in Schöneberg brannte in der vergangenen Nacht völlig aus. Die Feuerwehr war nahezu drei Stunden lang mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Das Lokal hatte kurz nach 1 Uhr seine Pforten geschlossen. Knapp eine Stunde später wurde von Passanten in den Räumen

Akademien besuchend, größtenteils nicht vorhanden zu sein. Das beweist das Beispiel des Oberförstlers Bittow, der bekanntlich wegen nationalsozialistischer Umtriebe entlassen wurde. Der Kollege Kube war ja so geschmackvoll, in diesem Zusammenhang von unseren verehrten Innenminister Seening in einem Brief an Hitler als von einem Schweinehund zu sprechen. (Abg. Gieseler (Dnat.) lacht. Die Sozialdemokraten bezeichnen dies Verhalten Gieseler als eine Unverschämtheit. Gieseler, der das Stahlhelmabzeichen trägt, gehörte der völkischen Bewegung an, trat dann zu den Deutschnationalen über. Er ist Forstmeister und wurde von der Staatsregierung, weil er über den Wohlfahrtsminister Hirtzfelder unwahre Behauptungen verbreitet hatte, verlegt.)

Die Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung für Oberförster um 95 000 M. versteht im Angesicht der Wirtschaftslage und des allgemeinen Gehaltsabbaues niemand. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Damit sollte offenbar der Gehaltsabbau bei dieser Beamtenkategorie wieder ausgeglichen werden. Wir wünschen erhöhte Einnahmen aus den Jagden, aber weniger durch Vermehrung der verpachteten Jagden, sondern durch Verminderung des Wildbestandes, der inzwischen zu einer Gefahr für Wald- und Forstwirtschaft geworden ist. Man will zwar die Wildhege der Volksernährung dienstbar machen. Das kann aber erst erreicht werden, wenn man dafür sorgt, daß durch annehmbare Preise auch der einfache Mann in die Lage kommt, sich ein Stück Wildbret zu leisten. Jedenfalls wollen wir mit unseren Anträgen die Ausgaben senken, Einnahmen erhöhen und vor allen Dingen Arbeitsmöglichkeiten beschaffen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gieseler (Dnat.) erklärt, die Holzkrise sei keine Folge der Weltwirtschaftskrise. Er tritt für Zollerhöhungen und Einfuhrverbote für Holz ein. Er wendet sich gegen die Maßregelungen von nationalsozialistischen Beamten. Ministerpräsident Braun nehme auf seine erparierte Stellung als Ministerpräsident ebenfalls keine Rücksicht, wenn er in öffentlichen Versammlungen als Sozialdemokrat rede und politisch Andersdenkende beleidige. (Protest und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Verhandlungen gehen weiter.

Feuerschein wahrgenommen. Obgleich die alarmierte Feuerwehr schon nach wenigen Minuten zur Stelle war, konnte nichts gerettet werden. Das Feuer, das an dem Mobiliar, an Vorhängen und der Stoffbekleidung der Wände reiche Nahrung fand, wütete mit so großer Heftigkeit, daß ein Uebergreifen auf die Wohnungen befürchtet wurde. Glücklicherweise konnte der Brandherd rechtzeitig lokalisiert werden.

Als Entstehungsursache wird Unvorsichtigkeit eines Gastes vermutet, der einen glimmenden Zigarrenstummel achtlos beiseite warf.

Aus noch unbekannter Ursache brach heute mittag im Dachstuhl des siebenstöckigen Wohngebäudes Hauptmannstraße 8 in Steglitz Feuer aus. Die Flammen griffen auf einen im Dachstuhl befindlichen Lagerraum über und vernichteten größere Werte. Bei Schluß des Blattes sind die Wehren noch mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

„Die Straße erkämpft.“

„Sieg“ der KPD. über Grzesinski.

Mit breitem Vortritt verläßt die „Rote Fahne“: „Grzesinski muß vor dem Massendruck zurückweichen. Das rote Berlin erkämpft sich die Straße. Ein politischer Erfolg der Massenbewegung der Betriebe und Stempelstellen.“ Was ist geschehen, wer ist zurückgewichen? Dies der Tatbestand:

Nachdem der Polizeipräsident für den 1. Mai die Aufmärsche im Lustgarten gestattet hatte, besprach man im Polizeipräsidentium mit den Vertretern der Antragsteller die Frage des Rückmarsches. Die kommunistischen Vertreter Kaspar und Schulte erklärten, daß sie auf einen geschlossenen Abmarsch keinen Wert legten, während das Polizeipräsidentium meinte, ihm wäre ein geschlossener Abmarsch sehr viel erwünschter, weil ein solcher besser beobachtet und geschützt werden könnte. Aber man hätte auch gegen die von den Kommunisten vorgeschlagene Art der Auflösung der Demonstration keinerlei Bedenken. Einige Tage darauf wandten sich die Herren Kommunisten außerordentlich bescheiden und höflich an den Polizeipräsidenten mit der Bitte, daß er doch einen geschlossenen Abmarsch zulassen möge, und das Polizeipräsidentium erklärte, daß man dagegen selbstverständlich nicht das geringste habe, da ja dieser Vorschlag den eigenen Wünschen entgegengerichte. Und so war alles, wie der Berliner sagt, im Butter.

Was schreibt die „Rote Fahne“ nun dazu? Sie posant: „Das rote Berlin (damit meint man die Berliner Sowjetanhänger; das rote Berlin sieht in Wahrheit anders aus! — Red. d. „Vorwärts“) hat bereits einen Erfolg errungen, noch bevor seine gewaltigen Massen zum 1. Mai aufmarschiert sind. Der Polizeipräsident Grzesinski setzte sich gestern mit Vertretern der Kommunistischen Partei in Verbindung, um ihnen mitzuteilen, daß er „aus politischen Gründen“ nachträglich die von Anfang an von der Kommunistischen Partei erhobene Forderung auf geschlossenen Abmarsch von der Maidemonstration im Lustgarten akzeptiere.“

Der Polizeipräsident hat sich überhaupt nicht in Verbindung gesetzt, sondern einer schriftlich vorgelegten bescheidenen Bitte entsprochen. So „erkämpft“ sich also die KPD. die Straße.“

Wie es übrigens mit der „Massenbewegung der Betriebe und Stempelstellen“ aussieht, möge die Leserschaft ersehen, daß sich gestern eine kommunistische Kundgebung im Sportplatz durch eine geradwegs gähnende Leere auszeichnete.

Echt kommunistisch das Ganze! Erst klein und bescheiden bitten und dann das Rauf meilenweit aufreißt!

Neue Grönland-Expedition.

Kopenhagen, 30. April.

Am Mittwoch ist unter Leitung des dänischen Oberleutnants Gabel-Jørgensen an Bord des dänischen Grönlanddampfers „Gertrud Rost“ eine aus neun Mann bestehende geodätische Expedition nach Umanak in Grönland abgegangen, um dort verschiedene Landmessungen im nördlichen Distrikt durchzuführen. Man hofft, den deutschen Forscher, Professor Wegener, zu treffen.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände erhielt von dem bekannten Völkerehrer Dr. Hans Wehberg, Professor in Genf, zu seinem zehnjährigen Bestehen ein Schreiben, in dem dieser anerkennt, daß der Ausschuß sich „von Chauvinismus fernhalten und durch sachliche Argumente zu wirken versucht hat“. Der Reichspräsident hat dem unter Führung von Dr. Schnee, W. d. A. und Dr. Draeger stehenden Verbände seine Glückwünsche für seine Arbeit ausgesprochen.

„August-Bebel-Haus“ in Köln

Ein Wahrzeichen sozialdemokratischen Aufstiegs

Unser Parteiblatt in Köln, die „Rheinische Zeitung“, besitzt jetzt ein eigenes Geschäfts- und Druckereigebäude, das den Namen „August-Bebel-Haus“ erhielt. Die Einweihung erfolgt am 1. Mai. Aus diesem Anlaß erscheint die „Rheinische Zeitung“ in Sonderausgabe mit einem Umfang von rund 150 Seiten.

Köln, die Stadt, in der Karl Marx im Jahre 1842 an der „Rheinischen Zeitung“, im Jahre 1849 an der „Neuen Rheinischen Zeitung“ wirkte, und in der August Bebel im Jahre 1840 geboren wurde, war immer ein steiniger Boden für die Saat des Sozialismus. Der Klerikalismus und das Zentrum hatten hier eine ihrer festesten Burgen. Jahrzehntelanger, härtester Kampf bedurfte es, bis die Sozialdemokratische Partei zu der Stärke aufwuchs, die sie zu einem Machtfaktor im öffentlichen Leben der Stadt Köln und des Rheinlandes werden ließ. Nur mühselig kam das Parteiblatt vorwärts.

Bereits von 1876 bis 1878 erschien in Köln als sozialdemokratisches Wochenblatt die „Kölnische Freie Presse“. Sie wurde ein Opfer des Sozialistengesetzes. Erst 1891 konnte wieder ein Parteiblatt geschaffen werden. Es war die Elberfelder „Freie Presse“, die den Kölner Sozialdemokraten mit einem lokalen Teil Gastrecht gegeben hatte. Den Titel „Rheinische Zeitung“ erhielt das Blatt etwa ein Jahr später, aber es war immer noch Kopfblatt von Elberfeld und erschien dreimal wöchentlich. Der Kölner Parteitag im Oktober 1893 brachte die entscheidende Wendung. Hier wurde ein Antrag angenommen, daß der Parteivorstand die Mittel bereitstellen sollte, um der „Rheinischen Zeitung“ das tägliche Erscheinen mit eigener Redaktion zu ermöglichen. Am 1. April 1894 trat der Beschluß in Kraft. In kleinen, engen Mieträumen, die mehrmals gemietet wurden, fristete die „Rheinische Zeitung“ jahrelang ihr Dasein. Erst im Hause am Ursulaplatz, das um die Jahrhundertwende mietweise bezogen wurde, konnte sich die Zeitung freier entfalten, bis schließlich das ganze Haus in den Betrieb einbezogen wurde. Aber schon lange genügte auch hier die Räume nicht mehr. Der Bau eines eigenen Heims wurde zur zwingenden Notwendigkeit.

Nun steht das Haus, bei aller betonten Zweckmäßigkeit in der Anlage, ein Schmuckstück des rechtsrheinischen Köln, unweit der Stelle, wo einst die Kasematten standen, die Geburtsstätte August Bebels. Der Erbauer ist der Architekt Hans Hagedorn in Köln.



August Bebel-Haus

Photo: Werner Manz, Köln

Das neue Haus der „Rheinischen Zeitung“ erhebt sich als Eckgebäude an der verkehrsreichen Deutz-Kalter Straße und einer noch das Ausbaus harrenden Projektstraße. Der Hauptbaukörper an der Projektstraße enthält Keller, Erd- und drei Obergeschosse. Der sich rechtwinklig anschließende Baukörper an der Deutz-Kalter Straße umfaßt Keller, Erd- und ein Obergeschos.

Die wohlthuende Gesamthaltung des Baukörpers wird durch die glückliche Auswahl beständiger und haltbarer, vor allem irgendwelchen architektonischen Modeströmungen nicht unterworfenen Baustoffe wirksam unterstützt. Werkstein, Klinker, Glas und Stahl sind die einfachen, aber dafür um so wirksameren und soliden Gestaltungsmittel, die sich unter der Hand des Architekten zu einem Aufbau zusammenschließen. Das Grundstück hat eine Größe von 2224 Quadratmeter. Die bebauete Fläche beträgt rund 1400 Quadratmeter, der umbaute Raum rund 11 300 Kubikmeter und die gesamte Nutzfläche für alle Geschosse zusammen etwa 2600 Quadratmeter. Die Grundsteinlegung erfolgte am 13. August 1930, die Rohbauverfertigung am 10. November 1930 und die endgültige Fertigstellung des Hauses am 1. Mai 1931.

Im Erdgeschos des Hauses wurde eine stimmungsvolle Bebel-Gedächtnishalle geschaffen, in der die weiße Büste unseres unvergesslichen August Bebel steht.

M. Schneider.

Fritz Meingast: Pariser Kommune 1871. Ballner-Theater.

Die Unzufriedenen der alten Volkstheater sind zufrieden. In der Jungen Volkstheater haben sie sich wieder zusammengefunden. Sie lassen im Ballner-Theater ihr eigenes Stück spielen mit ihren eigenen Darstellern, ihrem eigenen Regisseur.

Vorkünftig werden alle diese stehigen Kräfte nur benannt. Vorkünftig verdient keiner von ihnen öffentlich genannt zu werden.

Die Bilden haben die Volkstheater denunziert, daß deren Leitung zu spießig sei, und sie schwächen durch ihr Geschrei ein Kunstinstitut, das lebensfähig ist bis in den letzten Kern.

Gerade das gestrige Experiment der „Jungen Volkstheater“ beweist es wieder. Diese Kunstapostel, die so energisch Opposition treiben, sind so gut wie blind, taub und lahm, kurz, sie sind mit allen Tugenden besetzt, die den Invaliden charakterisieren. Sie vergehen sich auch an allem, was Klugheit und Kunstgefühl, was aufrichtiges Gestaltungstheater, was volkstümliche Weltanschauung, was Sozialismus ist. Ihre Sünde gegen die Weltgeschichte, die das großartige und tragisch gemordete Werk der Pariser Kommune hervorbrachte, würde eine Todsünde der Weltgeschichte sein, wenn nicht alles Gebotene so lächerlich und kindisch klänge.

Zitlers, Louisa Michel, Clemenceau, Dombrowsky, der General der Kommune, all diese historisch gewordenen Persönlichkeiten stehen auf dem Zettel, doch nicht einmal die Silhouette der Spieler und Gegenspieler wird gegeben. Ihnen wird eine Sprache in den Mund gelegt, die aus aktuellen Propagandabroschüren und historischen Dokumenten roh zusammengemischt ist. Dann knallt es gelegentlich, dann fallen einige auf der Barrikade. Untergrund, Seelenkampf, Entwicklung, Zusammenstoß zweier Welten, Untergrund einer besseren Welt, beharrliches Bleiben einer miserablen Welt, alles das, was die Phantasie erregt, das fehlt. Es fehlt eben für den Stoff, der heilig und prächtig wäre, die vertiefte und vertiefende Persönlichkeit des Gestalters.

Es ist nur festzustellen: Dichter, Schauspieler und Regisseur ertragen mit Würde und Aufopferung ihre geistige Armut. Sie ergötzen sich nicht. Sie appellieren an Freunde, die nicht über sich hinaus wollen. Sie sind so bescheiden, daß sie jeden künstlerischen Ehrgeiz unterdrücken und allein das Theater der Klippkünstler pflegen.

M. H.

Die erste Funtoper: „Malpopita.“ Rundfunk auf Irrwegen.

Das also war, laut Ankündigung, die „erste Funtoper“: „Malpopita“, Text von Robert Seitz und Felix W. Krenn, Musik von Walter Goehr. Eine Opernhandlung soll soherzart hörbar gemacht werden, daß das Unschöne anschaulich wird, nur durch das Ohr sollen wir das Erlebnis eines Dramas haben — was war das für ein Drama, und wie nahm das Klangbild sich aus, in das es umgelegt war?

Schicksal eines Arbeiters, der sich aus der Dede seines ärmlichen Daseins in die Ferne sehnt. Er gerät auf ein Schmugglerboot, das Boot, dem nachgehlet wird, gerät auf ein Riff, die Seeratten geraten auf eine einsame Insel, entdecken Öl, gründen eine L.-G., und nur unser Arbeiter kehrt, enttäuscht, in seinen früheren Alltag zurück. Das ist ein schlechtes Filmmusikdrama; wir erlernen, ohne zu sehen,

oft gesehene Bilder und Szenen: Fabrik, Wärmungschalter, Hafen, Seefahrt, Flucht vor Bergelern, Todesgefahr, Paradies im Ozean, Spekulationstaukel, Börsenhochbetrieb; abgenutzte Auswandererromantik, dazu das unermessliche Stück Varietät...

Der Anteil des teils gesungenen, teils gesprochenen Wortes ist auf das Notwendigste beschränkt. Aber ein komplizierter Riesenapparat ist in Bewegung gesetzt, um mit musikalischen Mitteln Milieu und Vorgang deutlich zu machen, das Orchester einer Schreier-Partitur, vermehrt um ein Arsenal von Börm- und Geräuschinstrumenten. Doch für diese Musik, die in der Wirkung Begläubigt bleibt, war es ein nutzloses Aufgebot; das Ohr des Rundfunkhörer vermag es so wenig zu würdigen, wie die Kunst einer Raumregie, deren Bemühungen, das Ineinanderspiel wechselnder Schauplätze nachzubilden, vielleicht den Mitwirkenden zu einer Art von Bühnenillusion verhelfen.

Die Musik, das ist bei manchen technischen Vorzügen ihr grundsätzlicher Mangel, bleibt im wesentlichen nur lustbetontes Beiwerk; sie wäre streckenweise glänzend gelungen — als Filmmusik. So wie das Wort durchaus ohne dichterischen Anspruch etwa die Funktion erfüllt, die im stummen Film den auf der Leinwand erscheinenden Titeln oblag. Aber, Musik und Wort zu einem Film, der nicht gesehen wird, nicht vorhanden ist, oder bestenfalls tönendes Filmmusik — das soll die neue Kunstform des Rundfunks, das soll „Funtoper“ sein? Diese Funtoper sollte ein musikalisches Kunstwerk werden, in der Musiksubstanz müßte sein künstlerischer Wert stehen, Komponisten Walter Goehr, den wir als begabten Musiker des Theaters kennen; der Fehler lag im Anfang, in der falsch gestellten Aufgabe, im verkehrten Auftrag. Ein beträchtlicher Aufwand ist veran; auch der Aufwand dieser Aufführung, in der unter Erich Kleibers Leitung alle Beteiligten ihr Bestes gaben und für die verlorene Sache taten.

K. P.

Der Diffe-Film.

Kamera.

Dieser Film, der als Auktat des „Diffejahres“ gelten soll, ist mehr als ein die Daten sorgfältig registrierender Reifefilm. Er will einen Gesamteindruck wiedergeben, und neben den Verschiederheiten auch das Gleichbleibende, Verbindende zwischen den Diffeeländern betonen.

Städteaufnahmen von Lübeck, Rostock, Greifswald, Danzig, Königsberg, Stachalm oder Kopenhagen zeigen, daß hier die Architektur denselben Ausdruck trägt, daß der Zeitgeist des Mittelalters in der Hanse stärker war als die Eigenwilligkeit der einzelnen Stadt. Der Backstein gibt dem Bild den Charakter und verleiht diesen Kirchen und Rathäusern gleichzeitig eine Schwere, die die südliche Architektur nicht kennt. Manches Bemerkenswerte fehlt. So die Marienkirche und das Rathaus in Danzig, aber sonst ist die Auswahl glücklich.

Daneben stehen Bilder moderner Stadtteile, Aufnahmen von den Bädern, Landschaftsflüssen und Szenen, die die Bevölkerung bei ihrer Arbeit zeigen. Man ist bemüht, daß Spezifische einer Stadt, eines Landes hervorzuheben. Das verbindende Moment bildet die Diffe, die in allen möglichen Stadien fotografiert ist.

Der Film wurde von Alfred Wohlau und Fred A. Domes zusammengestellt und zwar mit künstlerischem Empfinden. Die Akzente sind gut verteilt, der Aufbau zeigt fast einen musikalisch-rhythmischen Charakter.

Feierstunde am 1. Mai.

Im deutschen Rundfunk.

Der Sozialistische Kulturbund veranstaltet am 1. Mai, abends zwischen 7 und 8 Uhr, in der Sing-Akademie, Am Festungswall 2, eine Feierstunde unter dem Motto „Vorwärts — Hinan!“, die auf die Deutsche Welle übertragen wird.

Im Mittelpunkt des Programms steht eine Ansprache des früheren Reichsarbeitsministers Genossen Bissell. Das Programm der Veranstaltung lautet:

1. „Reihe des Hauses“, Bach-Orchester (Dirigent Dr. Wolfgang Herber) Beethoven
2. Prolog: Vorwärts — Hinan, gesprochen von Dr. Erich Drach Goethe
3. „Bald prangt den Morgen zu verkünden“, Kinderchor des Berliner Volksschors mit dem Bach-Orchester (Dirigent Rudolf Brauner) Mozart
4. Rezitationen, gesprochen von Gertrud Enjoldt
 - a) Märlchen Dehmel
 - b) Die jungen Arbeiter Brüder
 - c) Der Marsch unserer Frauen Barthel
5. „Wann wir schreiten“, dreistimmiger Kinderchor des Berliner Volksschors mit dem Bach-Orchester Knab
6. Ansprache.
7. Uraufführung: Arbeitermarsch, Dichtung von Björnson, Kinder- und Jugendchor des Berliner Volksschors mit dem Bach-Orchester Knab
8. Rezitationen, gesprochen von Dr. Erich Drach
 - a) Aus dem Arbeiterprogramm Löffler
 - b) Lied der Arbeit Brüder
 - c) Unser die Sonne Thieme
9. Wir wollen bauen (Dichtung von Brezjan), Kinder- und Jugendchor des Berliner Volksschors Lendvai

Bei dieser Gelegenheit sei ferner auf die folgenden Veranstaltungen hingewiesen, die am 1. Mai, nachmittags, im Berliner Sender stattfinden: 3,20 Uhr: Toni Sender: „Die Frau im neuen Staat“; 5,40 Uhr: Max Westphal: „Forderungen der Jugend an die Gegenwart“; 6 Uhr: Dolar Wöhrl: „Helden der Arbeit“; 6,35 Uhr: Chorgesänge der Arbeiterjünger (Sänger-Vereinigung Norden).

Die Volksbühnenbewegung wächst.

Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine verzeichnet seit Beginn der Spielzeit 1930/31 einen Zuwachs von 21 in der Hauptsache während der Spielzeit neugegründeten Volksbühnenvereinen, die sich auf das ganze Reich verteilen. Die Zahl der im Verband zusammengeschlossenen Besuchergemeinden beziffert sich damit auf rund 320. Das ist der Höchststand an Mitgliedsgemeinden seit Gründung des Verbandes überhaupt. Als interessante und für die geistige Struktur unserer Tage bemerkenswerte Erscheinung darf gebucht werden, daß sämtliche 21 Neugründungen in Orten erfolgt sind, die kein eigenes Theater besitzen und infolgedessen auf wandernde Bühnen angewiesen sind. In der Mehrzahl der Fälle werden die erforderlichen monatlichen Vorstellungen von den Wanderbühnen des Volksbühnenverbandes gegeben.

Die Mitgliederbewegung ist von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zwar nicht unberührt geblieben, dennoch ist ein Rückgang, allgemein gesehen, nicht eingetreten. Teilweise und vorübergehende Verluste in Gemeinden mit besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind anderwärts mühelos wieder ausgeglichen und aufgeholt worden. Nach wie vor führt der Verband der deutschen Volksbühnenvereine und eine halbe Million Menschen ins Theater. Zahlreiche Theater verdanken, wenn nicht ihre Existenz, so doch ihre verhältnismäßig gute wirtschaftliche und künstlerische Sicherung im wesentlichen der zielbewußten Arbeit der örtlichen Volksbühne. Leider ist diese Erkenntnis noch nicht in allen Theaterstädten restlos durchgedrungen. Im Rahmen der Theateranierungsaktion mancher Stadtverwaltungen wird da und dort der Versuch gemacht, durch eine Erhöhung der Volksbühnenpreise die Theaterretats wirtschaftlicher zu gestalten. Solche Bestrebungen haben sich aber in der Regel nicht nur für die betreffende Organisation, sondern weit mehr für das Theater selbst als verhängnisvoll erwiesen. Immerhin ist die Hoffnung berechtigt, daß alle für das Theater verantwortlichen Körperschaften und Einrichtungen in Zukunft noch mehr als bisher auch die Volksbühne als wesentlichen Faktor zur wirtschaftlichen und künstlerischen Sicherung des Theaters anerkennen.

„Die Komödie der Jungen“, die in der Volksbühne Sonnabend nachm. 7½ Uhr zur Erstaufführung gelangt, geht auf Veranlassung der Deputation für Schulwesen des Magistrats Berlin in Szene.

Der 9. Beleg des DR-SB. veranstaltet Sonntag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr, im Cirkular, Palaststraße 32/34, Einzug Orchester, ein Konzert als Auftakt zum 40-jährigen Jubiläum. Eintritt inkl. Programm 20 Pf.

Die Große Berliner Kunstausstellung 1931, im Schloß Bellevue, eröffnet Sonntag, 12 Uhr, der geladenen Gäste die I. Abteilung der diesjährigen beiden Veranstaltungen. Die Reden werden durch Rundfunk übertragen.

Die Volksmusikschule der Musikantengilde hat für das Sommerhalbjahr ihren Stundenplan herausgegeben. Die Lehrstelle befindet sich in Charlottenburg, Dandemannstr. 26/28. Unterrichtet wird in: Violine, Geige, Bratsche, Cello — Laute und Gitarre — Querflöte, Blockflöte, Klarinette, Eboe. Beginn des Unterrichts kann jederzeit erfolgen. Arbeitsplan ist durch die Geschäftsstelle, Charlottenburg 9, Rüdigerstr. 14, kostenlos zu beziehen.

Die 2. allgemeine Vogabundentausstellung wird am 1. Mai 11 Uhr, Poppenstr. 20 (im Gitterbergplatz) eröffnet. Die Aussteller sind Vogabunden der Landstraße ohne künstlerische Schulung. Die Ausstellung ist täglich von 10—20, Sonntags von 11—14 Uhr geöffnet.

Die Tränengasometer.

Neuer Sport der „legalen“ Hitlerer.

Hannover, 30. April. (Eigenbericht.)

Die revolutionären Nationalsozialisten der Straßer Richtung hatten hier am Mittwoch zu einer Versammlung einberufen, die aber nicht stattfinden konnte, weil die Nazis der Hitler-Richtung den Saal mit Tränengasbomben eingekesselt hatten. Ein Aufenthalt darin war völlig unmöglich. Die Polizei hatte die Ausgänge besetzt und durchsuchte die Versammlungsbefucher einzeln nach Waffen. Ein Mann wurde festgenommen, weil bei ihm eine Waffe gefunden wurde. Später fand die Polizei im Saal ein kleines Waffenlager, das die rauen Kämpfer Hitlers zurückgelassen hatten. Neben Gummimäppchen fand man u. a. auch einen scharfgeladenen Revolver, zwei Tränengasbomben, von denen eine ausgebrannt war, und drei Kisten Stinkbomben.

In Hildesheim fand am Mittwoch eine Rucke-Versammlung gegen die Nazis statt, die außerordentlich stark besucht war. Auch hier verjagten die Nazis mit Tränengasbomben ein Sprengung der Versammlung. Der Versuch mißlang aber. Die Polizei verhaftete drei Nationalsozialisten, bei denen die Hülsen der Tränengasbomben gefunden wurden.

Die Schulreform auf dem Lande

Siedlungsgänge zum Pausenschen Aufbauplan

Wenn Wilhelm Pausen in seiner Schrift „Der Neuaufbau unseres Schulwesens“ betont, daß das Land den berechtigten Anspruch auf dieselbe innere und äußere Schulaufstellung wie die Stadt hat, so kann die Verwirklichung dieser grundsätzlichen Forderung im Interesse einer Beseitigung untermittelter Behandlung der ländlichen Schulen, die in der bestehenden Unterscheidung von Stadt- und Dorfschule in einer die Bildungsbenachteiligung unserer Landjugend kennzeichnenden Weise Ausdruck finden, von allen Sachverständigen, insbesondere aber von der ländlichen Bevölkerung nur lebhaft begrüßt werden. Niemand wird daran zweifeln wollen, daß eine durch die Industrialisierung zurückgedrängte Landwirtschaft die ihr im Wirtschaftsprüfung gebührende Stellung allein dann wieder erringen kann, wenn der Zug nach den Städten durch die Schaffung bedeutender Bildungsgrundlagen auf dem Lande, die zwingend eine entsprechende Umgestaltung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse herbeiführen müssen, aufgehalten wird.

Die Richtlinien

Der angestrebten Umbildung der Volksschule in einer das zerrissene Gesamtbildungsweesen regelnden Form legt Pausen bezüglich der ländlichen Schulen folgende von dem Preussischen Lehrerverein angenommene Richtlinien zugrunde:

1. Damit die Richtlinien für den Ausbau der Volksschule auch auf dem Lande durchgeführt werden können, sind die Bestimmungen des Volksschul-Unterhaltungsgesetzes vom 28. Juli 1906 so zu gestalten, daß sie die Zusammenlegung von Schulen und die Durchführung organisatorischer Maßnahmen erleichtern.
2. Diese Zusammenlegung richtet sich nach der Dichte der Bevölkerung, nach den Verkehrsverhältnissen und nach den besonderen örtlichen und landschaftlichen Verhältnissen, wobei Kreisgrenzen grundsätzlich kein Hindernis bilden dürfen. Es ist danach zu streben, daß für die Volksschule möglichst reichgegliederte Schulformen gebildet werden können.
3. Das erste bis sechste Schuljahr bilden in der Regel die dorfeigene Schule, soweit nicht günstige Verkehrsverhältnisse oder andere Gründe eine Zusammenlegung benachbarter Schulen zweckmäßig erscheinen lassen. Bei mehr als 40 Kindern ist in der Schule mit sechs Jahrgängen die zweite Stelle einzurichten.

Die Beseitigung der Halbtagschulen ist durch Einbau in mehrgliedrige Systeme oder durch Ausbau zu zweiklassigen Schulen zu erstreben.

Einklassige Schulen mit weniger als 20 Schülern sind grundsätzlich in reicher gegliederte Schulen einzubauen.

4. Das siebente bis zehnte Schuljahr (9. und 10. freiwillig) werden grundsätzlich in einem günstig gelegenen Orte zur Volksschule zusammengefaßt.
5. Für hilflosbedürftige Kinder sind zentrale Hilfsschulen mit Schülerheimen und landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nebenbetrieben einzurichten.

Es ist zu hoffen, daß sich der Gesetzgeber der Notwendigkeit einer Erleichterung der Zusammenlegung von Schulen oder einzelner Jahrgänge, die heute durch das Volksschul-Unterhaltungsgesetz noch erschwert wird, nicht verschließt. Solange jedoch eine Gesetzesänderung noch bevorsteht, wird es darauf ankommen müssen, die Zustimmung der Gemeinden, die unter Zugrundelegung des Reformplanes von Pausen zu einem Gesamtschulverband zu vereinigen wären, durch geeignete Aufklärung herbeizuführen. Wo die Voraussetzungen nach Schulinteressen und Verkehrsverhältnissen halbwegs gegeben sind, dürfte dies möglich sein. Entscheidend dabei ist nur, daß mit der Aufklärung zugleich eine gewisse Initiative in die Gemeinden hineingetragen wird.

Im Rahmen der ländlichen Berufs- (Fortbildung-) Schule hat sich die Zusammenfassung mehrerer Orte oder die Zusammenlegung einklassiger Schulen zugunsten der Bildung von mehrklassigen in der Praxis durchaus bewährt. Was die Entfernungen betrifft, so legen die Schüler 4,6 und noch mehr Kilometer nachfalls mit dem Rad ohne Kragen zurück. Diese praktische Lösung der Organisationsfrage bei der Fortbildungsschule muß auch bei der Volksschule mit eigenem guten Willen möglich sein. Wo günstige Verkehrsverhältnisse bestehen oder leicht geschaffen werden können (z. B. Omnibusverbindung), gibt es in dieser Beziehung überhaupt keine Hindernisse.

Aus pädagogischen Gründen bedauert Pausen die Beseitigung der einklassigen Schulen (Lebensgemeinschaftsschulen). Sie sollen auch nur dann in Fortfall kommen dürfen, wenn Besseres an ihre Stelle tritt. Das erste bis sechste Schuljahr soll in der Regel auch weiterhin die dorfeigene Schule bilden. Für die Erhaltung der einklassigen Schulen steht sich hauptsächlich der Landlehrer ein, der über genügend Spannkraft verfügt, die Schüler verschiedener Altersstufen erfolgreich zu einer wirklichen Lebensgemeinschaft zu vereinigen. Die Praxis wird aber zeigen, daß die theoretisch schöne Forderung, jedem Dorf seine eigene Schule und Fortbildungsschule, die dem Gedanken der Pflege des dörflichen Gemeinschaftsgeistes entspringt, mitunter höheren Interessen zu weichen hat. Daß übrigens durch die Zusammenlegung der Schulen zu einem „Gemeinschafts-, Bildungs- und Kulturmittelpunkt“ mehrerer Gemeinden die Förderung des Gemeinschafts- und sozialen Hilfsgedankens eine Einbuße erfahren soll, ist nicht einzusehen. Viel eher dürfte eine gegenläufige Wirkung zu erwarten sein, denn die Zahl der Gemeinden, in denen die Dorfgemeinschaft lediglich in einer noch lange nicht begrobenen Kirchturnspolizei Ausdruck findet, ist nicht gering.

Die finanzielle Frage

Die finanzielle Frage ist bestimmt schwieriger zu lösen. Besonders in den agrarischen Landteilen, in denen die einklassigen Schulen mit oft sehr beschränkten Raumverhältnissen, die da und dort die Einrichtung der Halbtagschule im Gefolge haben, bei weitem überwiegen, ist die Verwirklichung des gegliederten Volksschulaufbaues vielfach von der Errichtung neuer Schulgebäude abhängig. Die Kosten hierfür können allerdings durch die infolge der Zusammenlegung von Schulen freiwerdenden Vermögenswerte, besonders wenn die Kirche daran nicht beteiligt ist, unter Umständen ganz oder teilweise abgedeckt werden. Da außerdem festgestellt ist, daß mindestens die Hälfte aller Schulgebäude in Preußen stark reparaturbedürftig ist, ein Viertel nach Meinung von Sachverständigen baufällig und abbruch-

reif sein dürfte, wäre sehr zu erwägen, ob nicht aus wirtschaftlichen Gründen die Verwendung der verhältnismäßig hohen Instandsetzungs- und laufenden Unterhaltungskostenbeträge, die gerade drückende und unzulängliche Objekte erfordern, in vielleicht kapitalistischer Form zugunsten der Neubauten dringend geboten ist.

Die vollkommene Durchführung der Schulreform macht natürlich je nach der Besiedlungsart und dem Verkehrsgefüge des einzelnen Kreises einen höheren oder niedrigeren Kostenaufwand notwendig. Unter nur teilweiser Berücksichtigung der ungünstigen Kreise kommt Pausen zu dem interessanten Berechnungsergebnis, daß für den Ausbau des ländlichen Schulwesens in Preußen ungefähr 150 Millionen Mark erforderlich sind. Bei einer Verteilung des Bauprogramms auf 5 Jahre würde das einem jährlichen Aufwand von 30 Millionen Mark und bei einer Verteilung auf 10 Jahre einem solchen von 15 Millionen Mark entsprechen. Wenn demgegenüber in den Städten die Reform nur verhältnismäßig geringe Mehrkosten verursachen kann, so findet dieser Unterschied seine Erklärung darin, daß sich in dem errechneten Aufwand für das Land die Verschärfung von Jahrzehnten ausprägen. Es ist deshalb mit Recht einzumenden, daß die Buchung der Bauforderungen in vollem Umfang zu Lasten der Schulreform gänzlich ungerechtfertigt wäre.

Die Frage, ob in unserer durch Sparmaßnahmen reichlich behinderten Zeit das Projekt umfassend durchführbar ist, muß bejaht werden, denn die erforderlichen Neuanlagen bedeuten produktive, den finanziellen Einsatz bei weitem überwiegende Wertschöpfung. Die Beschäftigung Arbeitsloser, die Investierung öffentlicher Gelder in Neubauten, die von den zeitgeforderten Bildungseinrichtungen ausgehende gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Auftrieb würde hervorragender Ausdruck einer voranschreitenden Schulpolitik sein. Angesichts der hohen Summen, die für unsere „physische Wehrkraft“ aufgebracht werden, ist Pausen außerdem der Meinung, daß „jene Summen nicht unberücksichtigt bleiben dürfen, die für unsere geistige Wehrfähigkeit so bitter notwendig sind“, denn, wie er treffend argumentiert, entscheidet die geistig-moralische Widerstandskraft über den Selbstbehauptungswillen eines Volkes schließlich. Wer trotz alledem dem Schulbauprogramm Pausens glaubt widersprechen zu müssen, möge offen mit seinen Gegengründen herausscheiden.

Die Bildungsnot auf dem Lande

Obwohl auf dem Lande bei der berufsschulpflichtigen Jugend immer wieder die Beobachtung gemacht wird, daß nicht etwa die Söhne der Besitzer, sondern die aus der Arbeiterschaft kommen-

den Jugendlichen sich durch geistige Regsamkeit im Unterricht auszeichnen, bedauern die Bauernsöhne nahezu ausschließlich die Landwirtschaftsschulen (Winterschulen). Die Zahl der Arbeiterkinder, die die Landwirtschaftsschulen in Preußen besuchen, wird nicht einmal auf 1 Proz. geschätzt. In dieser Hinsicht bedarf die Landarbeiterjugend, solange die zehnjährige Schule noch nicht eingeführt ist, durch Lehrer, Berufsberater und nicht zuletzt durch die Gewerkschaften einer intensiven Aufklärung, zumal der Landwirtschaftsminister in erfreulicher Weise bestimmt hat, den Aufstieg minderbemittelter, aber tüchtiger junger Landarbeiter von der Volksschule über die landwirtschaftliche Schule zur höheren Lehranstalt durch Gewährung von Stipendien zu fördern.

Das Bildungsverlangen der Landjugend ist nicht geringer, ja nicht einmal weniger vielseitig wie das der Stadtjugend. Es kann nur nicht hervortreten und entfalten sich vollständig, weil die Grundlagen dafür vorläufig noch fehlen. Da es allgemein gilt, die Jugend von ihrer Bildungsnot zu befreien, sie für das Leben, die Wirtschaft und Gesellschaft arbeits- und handlungsfähig zu machen, ihr die einem Volksstaat gemäße Bildungseinrichtung zu schaffen, muß besonders die dem ländlichen Schulwesen durch die Schuld der Vergangenheit widerfahrenen Vernachlässigung vorwärtsschauend aufgeholst werden. Daher bedarf auch die Einrichtung zentraler Hilfsschulen für Kinder, die besondere Nachhilfe nötig haben und bislang eben „mitgeschleppt“ werden, dringender Berücksichtigung.

Damit die Wertunterscheidung von Stadt- und Dorfschule endlich aufgehoben wird, ist der planmäßige Austausch zwischen Stadt- und Landlehrern unvermeidlich. Nur zu häufig wird die Erfahrung gemacht, daß der altgedienstete, dem Lande entstammende Lehrer der Jugend nicht im entferntesten die Anregungen zu geben vermag wie der von der Stadt mit neuen Aspekten und kritischen Einfühlungsvermögen hereinkommende. Im Hinblick auf die mit dem neuen Schulbau sich ergebende Planwirtschaft oder die Einführung der Fünf-Tage-Woche dürfte angesichts der stellenlosen Lehrnachwuchs, der intensiven Freizeitgestaltung für die Schulkinder sowie der im Rahmen der öffentlichen Jugendpflege auf dem Lande zu leistenden Arbeit eine Einschränkung der Lehrerschaft nicht vertretbar sein. Die eventuell schulmäßig nicht voll beschäftigten Lehrer sollten vielmehr gerade im Interesse einer Erfüllung dieser bedeutsamen Aufgaben vornehmlich Verwendung finden. Die selbstverständliche Beschäftigung der Lehrer verschiedener Schulgattungen neben- und miteinander ist ein heilsames Prinzip, das dem neuen Volksschulbau innerlich entspricht.

Dem Plan Pausens, der die Starrheit der gegeneinander abgegrenzten Schulsysteme durchbricht und in das Bildungsdurcheinander Ordnung und Zusammenhang bringt, ist eine außerordentliche Beweglichkeit eigenständig. Hierdurch wird die organische Durchführbarkeit der äußeren und inneren Reform festsetzbar ermöglicht. Je nach Lage der örtlichen und landschaftlichen Verhältnisse ist ein schrittweises Vorgehen denkbar, das die Schule den ihrer Umwelt angepaßten Charakter erhalten. Eugen Lederer.

Recht und Arbeit

Zum zehnjährigen Bestehen der Akademie der Arbeit

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main wurde am 1. Mai 1921 als erste deutsche Arbeiterhochschule ins Leben gerufen. Als im Jahre 1920 die Frankfurter Stiftungsuniversität in finanzielle Schwierigkeiten geriet, stellte die Arbeiterschaft als Bedingung für ihre Hilfe die Forderung auf, daß einer zu bildenden „Hochschule der Arbeit“ Hausrecht in der Universität zu geben sei.

Für den Aufbau der Schule wurde neben den Darlegungen eines Arbeitsausschusses die Denkschrift des Frankfurter Arbeiterschrifters Professor Hugo Sinzheimer grundlegend. Darin wurden als Aufgaben der Akademie der Arbeit gekennzeichnet: die Fähigkeit der Arbeiterschaft zur demokratischen Mitarbeit im öffentlichen Leben zu entwickeln und eine neue Lehre zu schaffen, die von der Arbeit ausgeht und den arbeitenden Menschen im Mittelpunkt der kommenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sieht.

Es ist sicher nicht zufällig, daß gerade ein Mann, der die Entwicklung des deutschen Arbeitsrechts wesentlich beeinflusst hat, diese Gedanken und Forderungen aufstellte. Das Arbeitsrecht ist bis heute leider fast die einzige Lehre, in deren Mittelpunkt zum mindesten theoretisch der Arbeiter und seine Bedürfnisse stehen sollen.

In Deutschland wurde in der Zeit nach dem Kriege eine Reihe von besonders für die Arbeiterschaft wichtigen Gesetzen erlassen, wie sie wohl sonst in keinem anderen kapitalistischen Staate der Welt vorhanden sind. Es ist hier nur an das Betriebsrätegesetz, an das Schlachtungsweesen, an die Arbeitslosenversicherung und die Einrichtung einer besonderen Arbeitsgerichtsbarkeit zu erinnern. Wenn auch all diesen Gesetzen noch die Einheitlichkeit eines besonderen Arbeitsrechts fehlt, das dringend zu wünschen wäre, so liegt doch in diesen Neuerungen der erste Keim einer neuen, veränderten Rechtsauffassung.

Dieser Wandel der Rechtsanschauung ist wie alles bisherige Rechtsempfinden der Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die sich das Recht, um mit Marx zu sprechen, wie ein Leberbau erhebt. Der gesellschaftlichen Struktur jeder Zeit entspricht ein besonderes Recht und ein Empfinden dessen, was als Recht zu gelten hat. Im Feudalismus gab es, entsprechend der Ständeeinteilung, keine Gleichheit des Rechtes, sondern innerhalb der Stände war jeder an die Gemeinschaft gebunden. Alles Denken und Wirken war genossenschaftlich.

Die Aufgabe des liberalen Rechtsgebans war es, gemäß dem Liberalismus in der Wirtschaft, die Gebundenheit des Feudalismus auch im Recht aufzuheben und den Einzelmenschen aus der Gesamtheit herauszuziehen. Zu diesem Zwecke wurden die Menschen in dem Begriff der „Person“ vollständig abstrahiert und als völlig gleichartige und isolierte Wesen nebeneinandergestellt. Die Verschachtelung in verschiedene Kategorien von Menschen wird beseitigt, rechtlich und formal sind sich alle Menschen gleich. Nicht mehr der von der Pflicht, sondern der vom Interesse geleitete Einzelmensch wird zum Ausgangspunkt des Rechtes. Diese Fiktion von der Gleichheit aller Menschen vor dem Recht war die große, historische Leistung des Zeitalters der Aufklärung, durch das die Freiheit des Individuums geschaffener wurde.

Aber dieses Werk war nicht vollkommen, die rechtliche Gleich-

heit war nur Schein, hinter dem sich die größten gesellschaftlichen und sozialen Unterschiede verbargen. Vergessen hatte man die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, hinter denen die rechtlichen Unterschiede der Menschen nur gering wogen.

Nicht mehr das isolierte Individuum, sondern der Mensch in der Gesellschaft, der Kollektivmensch als ein Glied in dem gesellschaftlichen Lebensprozess rückt in den Mittelpunkt der modernen Rechtsbetrachtung. Daß wir von diesem Ziele, den Menschen im gesellschaftlichen Zusammenhange zu betrachten und je nach seiner sozialen Lage zu werten, noch weit entfernt sind, ist eine Tatsache. Aber gerade in dem Rechtsgebiete, das unter dem Einfluß der Arbeiterschaft entstand und das unter wesentlicher Einwirkung der Arbeiterbewegung gestaltet wurde, nämlich im Arbeitsrecht, ist am stärksten dieser neue, antifliberalen Geist zu spüren, der die Menschen nicht mehr als östlich in der Luft schwebend und als formal Gleiches betrachtet, sondern als einander gegenüberstehende Faktoren eines gesellschaftlichen Ganzen. Das bürgerliche Recht kennt nur gleiche Rechtssubjekte, nicht den Arbeiter in seiner ökonomischen Unterlegenheit gegenüber dem Unternehmer.

Im Gegensatz dazu stehen die Ideen des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung, die davon ausgehen, daß der Arbeiter gerade wegen seiner ökonomischen Abhängigkeit besonders geschützt werden muß.

Wir sehen die Tendenz der Entpersönlichung des Menschen im Rechte, indem dem einzelnen möglichst viel Rechte genommen und dem gesellschaftlichen Ganzen übertragen werden. Hierher gehört die Einrichtung des Tarifvertrages und die rechtliche Sanktion der Koalitionen (Artikel 165 Reichsverfassung), gegenüber dem freien Arbeitsvertrag des einzelnen, und weiterhin der Gedanke der gesellschaftlichen Verfassung überhaupt, wie er sich als organisierte Gemeinschaft in Form der Betriebsräte, Wirtschaftsräte, Kartelle und Trusts usw. über den einzelnen erhebt.

Alle diese Institutionen mit der besonderen Arbeitsgerichtsbarkeit, dem Schlichtungswesen und der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Schiedsprüfungen zeigen eine total veränderte Auffassung des Rechtsgebans: nicht mehr die Person, sondern der Mensch in der Person ist das Entscheidende.

Der Ausbreitung der Rechtslehre, in deren Mittelpunkt der Arbeiter stehen soll, ist begreiflicherweise auch in der Akademie der Arbeit weitest gehender Platz eingeräumt. Zusammen mit den nationalökonomischen, soziologischen und staatsrechtlichen Vorlesungen erhält der Arbeiterhörer in den neun Monaten eines Lehrganges in Frankfurt am Main eine Durchbildung, wie sie durch kurze Bildungsturse oder Abendvorträge niemals erreicht werden kann. Trotzdem erhält der Hörer nach Abschluß keinerlei Berechtigungen auf Grund des Besuches der Akademie der Arbeit, weil die Leitung mit Recht davon ausgeht, daß der einzelne nach Möglichkeit wieder in den Bereich seiner alten Wirkungsstätte zurückkehren soll und durch diese Schule nicht eine neue Schicht von proletarischen Intellektuellen herangezogen wird.

Der hohen Aufgabe der Anstalt gemäß hoffen wir, daß diese Hochschule der Arbeit noch viele Decennien ihrer fürchtbaren Arbeit erleben wird.

Karl Müller

(ehemaliger Hörer der Akademie der Arbeit)

